Deutscher Bundestag **Drucksache 14/978**
14. Wahlperiode
05. 05. 99

Änderungsantrag

der Abgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter, Heidemarie Ehlert, Dr. Barbara Höll, Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760, 14/616, 14/622, 14/623, 14/624 –

hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 1607 sollen im Titel 71232-330 (Projekt Konrad) die Ausgaben in Höhe von 47000 TDM um 23500 TDM auf 23500 TDM reduziert werden. Diese Mittel sollen gesperrt werden.
2. In Kapitel 1607 sollen im Titel 71233-330 (Projekt Gorleben) die Ausgaben in Höhe von 118000 TDM um 59000 TDM auf 59000 TDM reduziert werden. Diese Mittel sollen gesperrt werden.
3. In Kapital 1607 sollen die Ausgaben in Höhe von 122000 TDM im Titel 712 34-330 (Stillegung Morsleben) gesperrt werden.
4. In Kapitel 1607 ist der Titel 71235-330 (Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle) von 5000 TDM um 45000 TDM auf 50000 TDM zu erhöhen. Die Titelüberschrift ist zu ändern in: „Entwicklung eines neuen Konzepts zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland, Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle und frühestmögliche Information und Einbeziehung der an den Standorten betroffenen Bevölkerung“.

   Es wird eine Verpflichtungsermächtigung von 48000 TDM mit folgenden Fälligkeiten eingestellt:

Haushaltsjahr 2000 bis zu	14000 TDM
Haushaltsjahr 2001 bis zu	14000 TDM
Haushaltsjahr 2002 bis zu	14000 TDM

   Erläuterung: Bilanzierung der existierenden und zukünftig anfallenden Abfallmengen nach Art und Qualität, Festlegung von Kriterien zur Betriebs- und Langzeitsicherheit eines Endlagers, weitere Begutachtungen, Studien und Untersuchungen, Vorstudien zur Festlegung der zu untersuchenden Standorte in verschiedenen Wirtsgesteinen, öffentliche Erörterung von Problemen der Entsorgung, politisch begleitende Maßnah-

men zur frühzeitigen Information und Beteiligung der Betroffenen an den zu untersuchenden Standorten.

Bonn, den 3. Mai 1999

Eva-Maria Bulling-Schröter
Heidemarie Ehlert
Dr. Barbara Höll
Dr. Uwe-Jens Rössel
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Zu Nummer 1

Die Mittel sollen auf ein Maß abgesenkt werden, das zur Beendigung des Projektes benötigt wird. Die Ausgaben sollen gesperrt werden. Den zuständigen Ausschüssen soll über den Verlauf des Planfeststellungsverfahrens Konrad und über die Einzelausgaben berichtet werden. Da lt. Presseberichten vor Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses Ausrüstungsgegenstände für den Einlagerungsbetrieb bestellt und angeschafft wurden, steht in Zweifel, ob das Planfeststellungsverfahren seitens des Bundes mit der gebotenen Sorgfalt als ein ergebnisoffenes Verfahren betrachtet werden kann.

Zu Nummer 2

Die Mittel sollen auf ein Maß abgesenkt werden, das zur Beendigung des Projektes benötigt wird. Die Ausgaben sollen gesperrt werden. Den zuständigen Ausschüssen soll berichtet werden, welche Pläne für das in vielen Augen gescheiterte Projekt gemacht werden und welche konkreten Teilprojekte in Gorleben vonstatten gehen.

Zu Nummer 3

Die Ausgaben sollen gesperrt werden. Den zuständigen Ausschüssen soll detailliert berichtet werden, aufgrund welcher fortgeltenden Genehmigungen, Zulassungen und Erlaubnisse aus der Zeit der DDR die Arbeiten im Endlager Morsleben erfolgen. Des weiteren wird Auskunft über den Fortgang der Arbeiten zur Erstellung der Pläne für die Zeit nach dem Jahr 2000 erbeten. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, ob immer noch Pläne zur Flutung der Anlage verfolgt werden, die schon damals vom seinerzeit zuständigen Strahlenschutzamt der DDR zurückgewiesen wurden.

Zu Nummer 4

Aus der Geschichte der Standorte für atomare Endlager müssen Lehren für die Zukunft gezogen werden. Die Projekte Asse bei Wolfenbüttel, ERA Morsleben, Gorleben und Schacht Konrad haben gezeigt, daß es bisher nicht möglich war, einen geeigneten Standort für ein Endlager zu ermitteln. Hier ist ein neues Konzept vonnöten. Der Neueinrichtung eines Endlagers müssen klar umrissene politische und wissenschaftliche Schritte vorausgehen, die den Zweifeln gegenüber der bisherigen Praxis Rechnung tragen und die Einwände der Kritikerinnen und Kritiker ernst nehmen. Unabdingbar ist als erster Schritt die Beendigung der Nutzung der Atomkraft binnen kurzer Frist.